LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/689

Alle Abg

SmartCity.institute

SmartCity.institute · Lautenschlagerstraße 23a · 70173 Stuttgart

An den Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper, MdL
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

per E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de

SmartCity.institute

Lautenschlagerstraße 23a
D-70173 Stuttgart
Tel +49 (0) 711 20 700 490
Fax +49 (0) 711 20 700 301

Christophstraße 15-17
D-50670 Köln
Tel +49 (0) 221 177 30 717
Fax +49 (0) 221 650 86 100

Königsallee 82
D-71638 Ludwigsburg
Tel +49 (0) 7141 64 25 698
Fax +49 (0) 7141 64 25 876

Mail info@smartcity.institute
Web www.smartcity.institute
Web www.smartcitynews.global

Institutsleitung:
Prof. h.c. Dr. Chirine Etezadzadeh

Stuttgart, den 15.06.2018

Anhörung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation
„Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen“
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP,
Drucksache 17/2058
Block I –Stadtentwicklung, Mobilität und Energie

Sehr geehrter Herr Kuper,

das SmartCity.institute dankt Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Anhörung eine kurze Stellungnahme abzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. h. c. Dr. Chirine Etezadzadeh
Institutsleitung des SmartCity.institute

Stellungnahme des SmartCity.institute zur Anhörung A20 – 18.06.2018:
„Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen“

Das Thema Smart City mag in den vergangenen Jahren mit der Entwicklung von Megacities assoziiert worden sein, doch betrifft es heute alle Kommunen in Deutschland. Große und kleine, wachsende und schrumpfende Kommunen sowie Städte und Gemeinden in Ballungszentren und im ländlichen Raum. Smart-City-Konzepte schließen zudem – neben dem urbanen Kern einer Stadt – das sie umgebende Stadt-Land-Kontinuum ein, um zu sinnvollen Lösungen zu gelangen. Damit adressiert der Begriff Smart City die ganze Vielfalt an Kommunen, die Deutschland aufweist, samt ihrem Umland. Ein ganzheitlicher Smart-City-Ansatz auf Landesebene kann folglich der vielfältigen Struktur des Landes Nordrhein-Westfalen Rechnung tragen und die Chancen und Qualitäten der räumlichen Verschiedenartigkeit erschließen und fruchtbar machen.

Smarte Stadtentwicklung stellt die Bedürfnisse aller Stadtbewohner aufrichtig und ernsthaft in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen und berücksichtigt, neben effizienzsteigernden Innovationen, in gleicher Weise bewährte Aspekte, Werte und Errungenschaften des Zusammenlebens in Deutschland. „Smartness“ steht dabei für

- Ressourcen- und Energieeffizienz
- Nachhaltigkeit
- Resilienz
- Kooperationen, um der Komplexität der urbanen Herausforderungen zu begegnen sowie
- die soziale und technische Vernetzung, die wir benötigen, um die genannten Ziele erreichen zu können.

Zur Realisierung dieser Form der Stadtentwicklung brauchen wir Kommunen, die „smarte“ Stadtentwicklung initiieren, koordinieren, monitoren und die vielfältigen Prozesse konsolidieren. Gleichermaßen brauchen wir Stadtbewohner, die diesen Prozess tragen und entfalten. Stadtbewohner müssen informiert und aktiviert werden, um sich in den urbanen Gestaltungprozess einbringen zu wollen und zu können. Immer mehr Menschen haben den Wunsch, zur positiven Weiterentwicklung ihrer Stadt oder Gemeinde beizutragen. Hierzu sollte ihnen durch partizipative und integrative Prozesse die Möglichkeit gegeben werden. Gleichzeitig sollten wertvolle Bürgeraktivitäten incentiviert und unterstützt werden.

Um Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die zur Förderung dieser Entwicklung beitragen, benötigen wir zeitgemäße Infrastrukturen, die den Anforderungen einer Smart City entsprechen. Smarte Infrastrukturen arbeiten dekarbonisiert, richtig dimensioniert, flexibel und effizient und werden interoperabel und resilient gestaltet. Sie werden so angelegt, dass Störungen stets auch konventionell (z. B. mechanisch) abgefangen werden können und keine ausschließliche Abhängigkeit von virtuellen Systemen besteht. Durch die Digitalisierung werden Infrastrukturen intersektoral vernetzt, integriert, ganzheitlich steuerbar und erlauben so die Realisierung von Synergien, Skaleneffekten sowie von Verbund- und Dichtevorteilen.

Diese Form des städtischen Unterbaus erfordert eine ausreichende, stetige und bezahlbare Energieversorgung. Eine Smart City ohne gesicherte Energieversorgung kann es nicht geben. Entscheidend ist, dass die Energie dekarbonisiert und mit Verzicht auf fossile Brennstoffe erzeugt wird. Daher ist spätestens mit Einzug der Smartness in Städte eine urbane Energiewende zwingend erforderlich. Als zentrale Akteure dieser Aufgabenstellung sehen wir Stadtwerke und Energieversorgungsunternehmen (EVU). Sie haben die Kompetenzen, die lokale Verankerung und das Vertrauen der Bürger, um diesen Prozess umzusetzen und sich zum City Manager der Zukunft zu entwickeln. Dieses Rollenverständnis sollte das Land gezielt unterstützen und treiben, um unerwünschten Machtkonzentrationen in der Privatwirtschaft vorzubeugen, neuen internationalen Akteuren zu begegnen und auch, um den ländlichen Raum gezielt zu entwickeln.

Nordrhein-Westfalen ist in der Bundesrepublik Deutschland das Land, das für die Energieerzeugung steht. Alle Kompetenzen im Bereich der Energieerzeugung und des Verbrauchs sammeln sich hier. Deshalb sollte NRW der Vorreiter sein, der den Weg in die Umsetzung der Energiewende ebnet und Lösungen entwickelt, die national und international Anwendung finden können. Konkret sollten sich Stadtwerke untereinander oder mit größeren Energieversorgern zusammenschließen und Lösungen entwickeln, die Quartiere, Gemeinden und Städte mit intelligenten Produkten und Services und gezielter Sektorkopplung in die Nachhaltigkeit führen. Das SmartCity.institute unterstützt diese Prozesse gezielt durch Aufklärung und Beratungsleistungen.

Die Energiewende ist selbstredend auch eine Wärmewende. Sie muss lokal, unter optimaler Nutzung der individuellen Gegebenheiten, Hand in Hand mit der Stadtentwicklung und unter Einbeziehung der Stadtbewohner umgesetzt werden, um koordiniert zu verlaufen. Die Energiewende kann nur gemeinsam mit den Bürgern stattfinden. Es bedarf der Aufklärung zum Energieverbrauchsverhalten sowie zur Notwendigkeit des Vorhabens, insbesondere dann, wenn mit der Energiewende ein struktureller Wandel eingeleitet wird.

Dieses Vorgehen birgt auch große Chancen für ländliche Kommunen, die, sobald sie die infrastrukturelle Versorgung und Anbindung erlangen, die ein moderner Lebensstil erfordert, eine Renaissance erfahren können, sofern sie sich auf diesen Moment vorbereitet haben. So können größere Städte entlastet werden und es kann innerhalb des Landes zu einer besseren Raumnutzung kommen, die zu mehr Lebensqualität führt.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land, das dem Strukturwandel seit Langem massiv ausgesetzt ist. Auch hier sollte NRW eine Vorbildfunktion einnehmen und die Smart-City-Entwicklung neben der Digitalisierung nun als Chance begreifen. Angesichts der bevorstehenden Veränderungen durch die Industrie 4.0, die in jedem Fall zum Verlust von Arbeitsplätzen führen und damit die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschärfen wird, gilt es, die von Veränderungsprozessen betroffenen Menschen gezielt und würdevoll in neue Aufgaben zu überführen.

Die Smart-City-Entwicklung und eine neue Fokussierung des gesellschaftlichen Miteinanders können dabei hilfreich sein. Menschen brauchen Aufgaben, das Gefühl gebraucht zu werden und einen positiven Beitrag zu leisten. Sie brauchen auch eine auskömmliche Beschäftigung, um ihr Leben zu bestreiten und um sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können. Es muss unser oberstes Ziel

sein, den Mensch (und seine natürliche Umwelt) in den Mittelpunkt unserer Bestrebungen zu stellen und gerade im urbanen Raum nicht sämtliche Abwägungen zugunsten der Effizienz und der Kostenvorteile zu entscheiden. Die Folgekosten wären für die Kommunen zu hoch. Sie sind es, die lokal für soziale Kohäsion, Integration (insb. auch von Menschen, die in prekären Verhältnissen leben), Inklusion und für die öffentliche Sicherheit zu sorgen haben. Es muss daher sehr bewusst abgewogen werden, an welchen Stellen wir Arbeitskräfte durch intelligente Automation, cyber-physische Systeme und künstliche Intelligenz ersetzen wollen. Diese Abwägung sollte nicht im Sinne einer keynesianischen Beschäftigungspolitik erfolgen, sondern zugunsten der Lebensqualität der Bürger entschieden werden. Wir werden grundsätzlich die Frage beantworten müssen, in welchem Ausmaß wir neben der Ökonomisierung eine technische Dominanz unserer Lebenswelt wünschen und ob bzw. an welchen Stellen wir der Auffassung sind, dass die menschliche Urteilskraft die letzte Instanz der Entscheidungsfindung bleiben sollte.

NRW verfügt über exzellente Forschungs-und Bildungseinrichtungen. In NRW leben Menschen, die die Initiative ergreifen, die kreativ und innovativ sind. Es gibt eine lebendige Start-up-Kultur und Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Was dem Land fehlt, ist das Projekt; die formulierte Vorstellung davon, wie es sich weiterentwickeln soll und welche Position es im nationalen Wettbewerb zu anderen Ländern einnehmen kann. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine Tendenz und die Fähigkeit, groß zu denken. Der Rheinländer vielleicht aus seinem liebevollen Selbstverständnis heraus, die Menschen im Ruhrgebiet vielleicht durch ihre gelebte Erfahrung mit der Schwerindustrie und dem Tagebau. Das Land sollte sich diese Kompetenzen zunutze machen.

Als einer der größten zusammenhängenden Ballungsräume Europas hat das Ruhrgebiet mit dem Konzept „Stadt der Städte – Metropole Ruhr“ eine Idee mit einem enormen Potenzial vorgelegt. Das Projekt könnte genutzt werden, um mithilfe der Digitalisierung die Vernetzung der Region zu entwickeln und so z. B. im Verkehrssektor für die Bewohner sinnvollen und erlebbaren Nutzen zu gestalten. Die infrastrukturelle Vernetzung zwischen den Kommunen und die gemeinschaftliche Weiterentwicklung der Region, z. B. im Bereich der Energieversorgung, können, wie gesagt, von Synergien, Skaleneffekten, Verbund- und Dichtevorteilen und geteilten Aufwendungen profitieren. Um dieses partnerschaftliche Verhalten zu motivieren, sollten Projekte und Initiativen, die das Denken in Disziplinen und separierenden Strukturen durchbrechen, deutlich sichtbar incentiviert werden.

Gleichzeitig sollten die einzelnen Kommunen dazu aufgefordert werden, ihre eigene Positionierung innerhalb der Region zu entwickeln, um als Mitglied der Stadtfamilie ihre Individualität zu bewahren, wettbewerbsfähig zu bleiben und um die sehr wichtigen kleinmaßstäblichen Projekte im eigenen Stadtgebiet und Umland anzuregen.

Eine zeitgemäße energetische Versorgung ist die notwendige Voraussetzung für alles Bevorstehende, eine adäquate verkehrliche Vernetzung das befähigende Instrument für die soziale und wirtschaftliche Weiterentwicklung des Landes. Gerade in NRW ist eine stärkere verkehrliche Vernetzung der Kommunen über alle Sektoren des Modal Split hinweg, insbesondere auch im Bereich des Rad- und Fußverkehrs, unabdingbar, um die aktuelle Verkehrssituation und die Umwelt zu entlasten.

Dabei sollte erkannt werden, dass der motorisierte Individualverkehr eine Errungenschaft des vergangenen Jahrhunderts ist, die wir nicht über Zwänge, Verbote und prohibitive Preisgestaltungen nur noch gehobenen Einkommensschichten oder über Privilegien zugänglich machen sollten, um unsere urbanen Zentren zu beruhigen.

Vielmehr sollte der ÖPNV so attraktiv werden, dass er eine echte Alternative darstellt, indem er beispielsweise die Reisezeit nutzbar macht und angenehm gestaltet. Komfort, Planbarkeit, Sicherheit und Start-Ziel-Lösungen sind hierbei entscheidende Stellgrößen. Der Verkehr muss bequem, intermodal und multimodal gestaltet werden und kann durch eine transit-orientierte Entwicklung und geeignete Mobilitätsdienste gestützt werden. Die Entwicklung und Einführung verschiedener innovativer Antriebstechnologien samt Infrastrukturen und der sich daran anschließende sinnvoll koordinierte Einzug geteilter autonomer Fahrzeugflotten können den Verkehr weiter entlasten und Emissionen reduzieren. Auf diese Entwicklungen können Städte aber nicht untätig warten. So muss geprüft werden, wie der ÖPNV vielleicht auch durch preisliche Anpassungen zeitnah attraktiviert werden kann, was einen zügigen Kapazitätsausbau, nötigenfalls durch schnell implementierbare Bus-Rapid-Transit-Systeme erfordert. Selbstredend muss auch und insbesondere die urbane Warenversorgung konsequent umgestaltet, konsolidiert und integriert werden, worauf an dieser Stelle jedoch nicht weiter eingegangen wird.

Die Entwicklung des Verkehrssektors sollte mit einer gemeinschaftlichen Zielsetzung verbunden und kommunikativ begleitet werden. Zukunftsbilder wie „die Stadt der Städte“ könnten dabei Akzelerator-Effekte bewirken und Menschen dazu bewegen, Verantwortung zu übernehmen. Die Chance des Landes, Vorbildcharakter einzunehmen und international Interesse für die Region zu wecken, birgt Potenzial. Das Thema Smart City kann hierfür als idealer Aufsatzpunkt dienen.

Zur Umsetzung solcher Maßnahmen ist es erforderlich, verantwortliche Personen in Positionen mit Querschnittsfunktionen einzusetzen, die amts-, dezernats- oder sogar ministerienübergreifend handlungsfähig sind. Diese Personen sollen den Projekten ein Gesicht und Persönlichkeit geben. Begleitend dazu sollten bürgerliches und unternehmerisches Engagement, Initiativen, Start-ups und innovative Anbieter von sozialen Infrastrukturen (wie z. B. die Wissensplattform SmartCityNews.global) erlebbar und unbürokratisch gefördert werden.

Für alle beschriebenen Maßnahmen ist Bildung der Ausgangspunkt. Wir brauchen lernende Städte und müssen nun klären, wem welche Lehrinhalte vermittelt werden sollten. Das Wissensspektrum reicht vom respektvollen Umgang miteinander, über demokratische Werte und Aspekte des guten Zusammenlebens (inkl. des Umgangs mit sozialen Medien), bis hin zur wissenschaftlichen Ausbildung im Bereich der Digitalisierung. Im Sinne der Sicherung unserer individuellen Freiheit und nationalen Unabhängigkeit muss die Ausbildung in diesem Bereich massiv beschleunigt, verbessert und um einen ethisch-moralischen Unterbau ergänzt werden. Es muss zudem geklärt werden, wie das Wissen, unter anderem durch die Nutzung der Digitalisierung, sinnvoll vermittelt, beworben und in eine lebendige Anwendung überführt werden kann.

Der Erhalt der Freiheit und der Selbstbestimmung ist in Zeiten der Digitalisierung wichtiger denn je. Wir sind aufgefordert, einen deutschen Weg zu finden, der die Errungenschaften der Demokratie und des christlich geprägten Miteinanders erhält, da uns diese Gegebenheiten gesamtgesellschaftlich erfolgreich gemacht haben. Das deutsche Konzept der sozialen Marktwirtschaft muss nun sehr bewusst in das Zeitalter der Digitalisierung überführt werden, um der zunehmenden sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Dies sind zentrale Elemente, die dazu beitragen, dass Deutschland auch in Zukunft international für attraktiv befunden und weltweit führende Produkte hervorbringen wird. Es gilt, das Gemeinwesen zu befähigen, unser hiesiges pluralistisches Verständnis von Lebensqualität gegenüber technisch geprägten Zukunftsvisionen anderer Regionen abzugrenzen und zu verteidigen. Das mit der Digitalisierung einhergehende Potenzial der Kontrolle kann maximal von gesellschaftlichen Strömungen aus den Randbereichen des politischen Spektrums kommen oder von solchen, die sich radikal nach ökonomischen Gesichtspunkten ausrichten.

Deutschland ist ein Land des sozialen Ausgleichs, das nach Chancengleichheit und Gerechtigkeit strebt und das dem Individuum Fortentwicklung durch Leistung ermöglichen will. Jedes Bundesland ist aufgefordert, hierzu mit seinen spezifischen Kompetenzen und Schwerpunkten einen Beitrag zu leisten und unser föderales und von Dezentralität geprägtes Staatswesen zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Das SmartCity.institute kann diesen Prozess in Nordrhein-Westfalen mit verschiedenen Maßnahmen unterstützen, die wir Vertretern des Ausschusses gerne persönlich vorstellen werden.